

Recht subversiv

Aus der Werkstatt eines Anwalts und Menschenrechtlers

Bloß eine Beruhigung für das Gewissen

9. Juli 2015 um 11:39 Uhr

Seit es dieses Blog gibt, war geplant, Kollegen, denen ich viel Inspiration und Motivation verdanke, ebenfalls zu Wort kommen zu lassen. Heute schreibt Miriam Saage-Maaß. Sie leitet den Bereich „Wirtschaft und Menschenrechte“ des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und beschäftigt sich unter anderem mit den Menschenrechtsverletzungen in den Produktions- und Lieferketten der globalen Textilindustrie.

Jeder Mensch wächst mit bestimmten Gewissheiten auf. Eine, die ich wohl mit vielen in Deutschland Aufgewachsenen teile, ist diese: Wenn der TÜV etwas geprüft hat, dieser Gegenstand mit deutscher Gründlichkeit untersucht wurde, ist er auch wirklich sicher.

Nun ist es so, dass der TÜV und seine Gesellschaften, wie etwa der TÜV Rheinland, seit Langem nicht mehr nur Autos und Spielplätze in Deutschland prüfen, sondern in sogenannten Sozial-Audits auch die Sozial- und Arbeitsstandards in Fabriken in aller Welt kontrollieren.

Doch wenn der TÜV Textilfabriken in Bangladesch und anderen Ländern Südasiens untersucht, sind diese Prüfungen nicht so umfangreich und stichhaltig, wie wir es von TÜV geprüft-Siegeln gewohnt sind. Das zeigt sich zum Beispiel am Einsturz des Rana-Plaza-Fabrikgebäudes in Bangladesch (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-06/bangladesch-textilfabrik-einsturz-mordanklage>), bei dem im April 2013 mehr als 1.130 Menschen starben und 2.500 zum Teil schwer verletzt wurden. Dort hatte der TÜV Rheinland erst wenige Monate zuvor die Nähhalle des Herstellers Phantom Apparel Ltd. im Rana-Plaza-Gebäude geprüft.

Ähnlich war es bei der Brandkatastrophe in der Textilfabrik Ali Enterprises in Pakistan. Der Brand im September 2012 kostete 260 Arbeiterinnen und Arbeiter das Leben. Die Fabrik produzierte vorwiegend für den deutschen Textilhändler KiK und hatte wenige Wochen vor dem Brand von der italienischen Firma Rina ein „SA 8000“-Zertifikat erhalten, das der Fabrik unter anderem hohe Feuersicherheitsstandards bescheinigte.

Die instinktive Reaktion der meisten Verbraucher auf solche Vorkommnisse: So etwas

muss doch rechtliche Konsequenzen haben – auch für den TÜV und all die anderen Zertifizierungsunternehmen. Hat es aber nicht, so die Realität in Deutschland.

Keine Verantwortung für den Inhalt der Berichte

Deutsche Gerichte tun sich schwer mit der Haftung von Zertifizierungsunternehmen. Keine der geschädigten Frauen, deren TÜV-geprüfte Brust-Implantate ausgelaufen waren, erhält nach dem derzeitigen Stand der deutschen Rechtsprechung einen Schadensersatz vom TÜV. Der TÜV habe nur das Qualitätssicherungssystem des Herstellers überprüfen müssen, nicht jedoch die Beschaffenheit und Qualität der hergestellten Brustimplantate selbst, so die Begründung. Eine Verpflichtung des Zertifizierers, im Interesse der Frauen zu handeln, ergebe sich aus dem Zertifizierungsvertrag nicht. Ähnlich verhält es sich mit den Sozial-Audits in den Textilfabriken Südasiens: Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Rana Plaza (<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-04/rana-plaza-jahrestag-hilfsfonds>) haben kaum eine Chance, den TÜV Rheinland für den Bericht in Haftung zu nehmen.

Die Konsequenz dieser Rechtsprechung: Zertifizierungsunternehmen tragen in Deutschland nach derzeitiger Rechtslage für den Inhalt ihrer Berichte keine Verantwortung. Seit fast zehn Jahren belegen empirische Studien verschiedener Universitäten, dass Sozial-Audits und die dazu gehörenden vermeintlichen Verbesserungsprogramme die Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie kaum verbessern.

Das heißt: Auch wenn die allermeisten Unternehmen heutzutage ihre Zulieferbetriebe prüfen lassen, hat das wenig Wirkung. Wenn die Prüfberichte zudem noch nicht einmal die Realität der Betriebe zuverlässig widerspiegeln, sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

System der „organisierten Unverantwortung“

Wie kann es sein, dass Unternehmen, Verbraucher und Politiker dennoch auf die Sozial-Audits setzen? Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung baut darauf, dass Verbraucherinnen und Verbraucher die verschiedenen Siegel und Prüfungsmechanismen kennen und damit sozial verantwortliche Einkaufsentscheidungen treffen können. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen über ihre vermeintliche Marktmacht die Arbeitsbedingungen in Zulieferbetrieben der Firmen verbessern, bei denen sie einkaufen. Dieses Konzept ist schon fraglich genug. Eine Voraussetzung hierfür wäre mindestens, dass die Prüfungsbedingungen und Prüfberichte öffentlich zugänglich sind.

Vor allem müssen die Zertifikate zuverlässig sein und halten, was sie versprechen – und nicht zuletzt einklagbar sein. Solange dies nicht der Fall ist, dienen Sozial-Audits bloß der Beruhigung des Gewissens von Unternehmensmanagerinnen und -managern.

Die heutigen Wertschöpfungsnetzwerke sind so komplex, dass transnationale Unternehmen mit ihren Produktions- und Zulieferfirmen oft nur in einem flüchtigen Liefervertragsverhältnis stehen. Kommt es zur Katastrophe wie in Rana Plaza oder bei Ali Enterprises, können die Unternehmen nicht nur darauf verweisen, dass sie keinen Einfluss auf ihre vielen Zulieferbetriebe haben. Sie können sich auch auf Berichte der Sozial-Audits berufen. Damit machen Sozial-Audits das System der „organisierten Unverantwortung“ in globalen Zulieferstrukturen perfekt: Sie dienen dem *White Washing*.

Klagen laufen bereits

Über das Für und Wider von Siegeln und Zertifikaten wird hierzulande noch diskutiert. Doch betroffene Arbeiterinnen und Arbeiter verlangen schon jetzt vor deutschen und europäischen Gerichten Gerechtigkeit. Im Fall der abgebrannten Fabrik in Pakistan haben die Überlebenden und Angehörigen beim Landgericht Dortmund KiK auf Schadensersatz verklagt (<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/kik-brand-klage>), und auch der italienische Zertifizierer Rina muss sich auf Klagen an seinem Hauptsitz in Genua gefasst machen.

Im Fall Rana Plaza/TÜV Rheinland hat das ECCHR gerade gemeinsam mit Partnerorganisationen eine Beschwerde bei der Unternehmensplattform Business Social Compliance Initiative (BSCI) eingereicht. Denn die BSCI verspricht ein systematisches Überwachungs- und Qualifikationssystem zur Verbesserung der Sicherheits- und Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern, und der TÜV Rheinland ist eines von 19 Zertifizierungsunternehmen, die für BSCI-Mitglieder Fabriken wie Rana Plaza prüfen.

Wolfgang Kaleck ist Berliner Rechtsanwalt und Generalsekretär des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Kaleck hat sich in den vergangenen Jahren mit Menschenrechtsverletzungen in Argentinien bis Abu Ghraib und Kolumbien bis Philippinen beschäftigt; aktuell ist der NSA-Whistleblower Edward Snowden einer seiner Mandanten.

11 Kommentare

Robskipobski (<http://community.zeit.de/user/548286>)

#1 — vor 3 Jahren

Wer meint, die Deutschen müssten Brandschutzbestimmungen für Unternehmen auf fremden Kontinenten aufstellen und einhalten, legt völlig überzogene Maßstäbe an: Was sollen denn die deutschen Unternehmen machen? Erstmal vor der Währen der Vertragsverhandlungen erstmal nen Brandschutzbeauftragten in die Fabriken ihrer potentiellen Zulieferer schicken, Fluchtwege kontrollieren und

ein Branschutzkonzept entwickeln? Gucken ob alle Asiaten volljährig sind, durch
nen Jugenschutzbeauftragten? Eine Arbeitszeiterfassung einführen?

Das ist einfach unrealistisch. Das einzige, was man machen kann, ist dass man
keine Produkte mehr aus Entwicklungsländern kauft, weil man sie unter den
Generalverdacht stellt, keine Zumutbaren Arbeitsbedingungen zu wahren. Und das
wäre alles andere als humanitär, denn schließlich sind es die gerade die armen
Länder, die auf Investitionen angewiesen sind, um eben aus der Armut
rauszukommen. Mit ein moralisches Handelsembargo ist da nicht förderlich.

Ich kann dieses gemoser gegen die Marktwirtschaft, das vor allem der Öffentlich-
Rechtliche Rundfunk auf allen Kanälen laufend betreibt, langsam nicht mehr
hören. Was wäre denn die alternative? Das Deutschland arbeitsbedingungen in
aller Welt überwacht ja wohl kaum. Das Deutschland nicht mehr Importiert, ja
wohl auch nicht.

bergstroem (<http://community.zeit.de/user/260899>)

#2 — vor 3 Jahren

In erster Linie sollten ja wohl die wirklichen Schuldigen verklagt werden und das
sind die skrupellosen Bauunternehmer vor Ort, die solche Todesfallen errichten.
Globale Unternehmen, die sich an ausbeuterischen Systemen eine goldene Nase
verdienen, indem sie gleichzeitig unhaltbare bauliche Zustände ignorieren und
davon profitieren, gehören sicher auch zur Verantwortung gezogen. Aber was soll
eine Klage gegen den TÜV? Die Überprüfungs Kompetenzen des deutschen TÜV
in solchen Drittweltländern halte ich ehrlich gesagt für hanebüchen und
zweifelhaft. Können die Risiken für dortige Arbeitnehmer überhaupt richtig
eingeschätzt werden, oder hat sich das Zertifizierungsunternehmen schlicht etwas
angemaßt, was es nicht realistisch zu beurteilen in der Lage war? Ich denke,
Letzteres war der Fall. Westliche Zertifizierungsunternehmen mögen Fehler
gemacht haben, sie jedoch jetzt offensichtlich als westliche Cash Cow melken zu
wollen, finde ich gelinde gesagt arg an den Haaren herbeigezogen. Das ist so
verhältnismäßig wie die alte Unsitte, den Boten umzubringen, der die schlechte
Nachricht überbracht hat. Ursächlich für die Unglücke war nicht die TÜV-
Überprüfung, sondern der skrupellose Baupfusch.

Textilindustrie: Bloß eine Beruhigung für das Gewi... | Sparta's Welt

(<http://clanunreal.de/Blog/textilindustrie-bloss-eine-beruhigung-fuer-das-gewi/>)

#3 — vor 3 Jahren

[...] Bloß eine Beruhigung für das Gewissen blog.zeit.de/recht-subversi... [...]

Stefan Frischauf (<http://community.zeit.de/user/406271>)

#4 — vor 3 Jahren

Danke, Wolfgang Kaleck für diesen Artikel, der genau den Finger auf die Wunde legt. Solange die „Rechtsräume“ nicht kommunizieren, werden „Whitewashing“ und „organisierte Unverantwortung“ die Regel sein – ganz gleich, ob das der TÜV oder sonst wer zu verantworten hätte.

Und – diese „Kommunikation der Rechtsräume“ ist das Eigentliche, was auch das Versagen der (politischen) Diplomatie der letzten 1 1/2 Dekaden beschreibt.

In Kabul versuchte ich, (rudimentäres) Baurecht, Städtebau und Wasserbau mit den entsprechenden Beratern / Mitarbeitern zu koordinieren – mein afghanisches Team rechnete deutsche Standards auf afghanische Möglichkeiten mit entsprechender Gewährleistung durch deutschen Fachingenieur (in Ermangelung von Genehmigungsbehörden und VOB und VOF etc.) zusammen – großartige Arbeit.

Als der Rana-Plaza-Komplex einstürzte war ich zufällig bei Schwiegereltern in Bangladesch – eine größere Staatskrise, von der sich Ost-Bengalen so schnell nicht erholen wird. Zurück in D versuchte ich, entsprechende Initiativen zu starten, um mit befreundeten Partnern – Sachverständigen für die Prüfung des Brandschutzes ein Monitoring-System aufzubauen, das auch Textil-Hersteller für Werbezwecke nutzen sollten. Aber – deutsche Behörden / Ministerien zeigten sich einmal mehr unwissend – die Komplexität der Schnittstellen der „Rechtsräume“ einmal mehr ausklammernd – Verantwortung im „Globalismus“ nach unten delegierend – „Whitewashing“ als „Business as Usual“ eben.

„Ignoranz“ oder „Arroganz der Macht“ oder einfach – „überforderte Ressortverschiebung“ – gelinde gesagt?

EinFassungsloserLeser (<http://community.zeit.de/user/531864>)

#5 — vor 3 Jahren

Ich frage mich was passiert, wenn ich auf einmal beginne, Kleidung aus diesen Ländern auf einmal jahrelang zu tragen, zu flicken, auszubessern und mit also statt 20 Stück T-Shirts und Pullovern etc. im Jahr nur noch 2 oder 3 zu kaufen. Also, toll, Ressourcen schonen, Verantwortungsvoll mit der Umwelt umgehen etc. Was passiert dann? Ich würde mal sagen, es würden dann zehntausende Menschen in der Textilindustrie arbeitslos, die Löhne würden noch mehr sinken, die Arbeitsbedingungen noch schlechter. Also, liebe Leute, was soll ich machen? Ausbeuterklamotten kaufen oder gar nichts mehr kaufen und noch mehr Elend produzieren? Ich habe ja die Wahl ... die keine große Wahl ist.

Kunstrausch (<http://community.zeit.de/user/331004>)

#6 — vor 3 Jahren

Frage mich, ob die ersten beiden Kommentare genau lauten würden, wenn es um die Herkunft ihres Essens ginge, anstatt ihrer Kleidung.

Der Unternehmer kann sehr wohl Einfluss nehmen auf seinen eigenen Herstellungsprozess. Selbstverständlich kann man die Bedingungen, unter der man seine eigenen Produkte herstellen lässt nachvollziehen, und selbstverständlich bestimmen. Das ist keine schwarze Materie, die dort irgendwas tut und dann kommt Kleidung heraus die wir dann tragen. Nein es sind Kinder und Frauen, teils in sklavenähnlichen Verhältnissen.

Wie schon in Beitrag geschrieben, nichts anderes als white-washing der Großindustrie, und einige Verbraucher schlucken auch noch ihre Medienkampagnen.

Wenn man den selben Standard auf dubiose Herkunft des eigenen Essens legen würde, würg. Belügen Sie sich doch nicht selbst.

similar

#7 — vor 3 Jahren

Vergessen Sie die Vorstellung, daß Firmen aus der westlichen Welt alle Sozialstandards in anderen Ländern beeinflussen können. Ich denke daß die Menschen auch in diesen Ländern, wie die Menschen in den Europäischen Ländern zur Zeiten der industriellen Revolution, ihre Arbeitsbedingungen nur verbessern können indem Sie dafür Kämpfen wie die europäischen Arbeiter zur Zeiten der industriellen Revolution. Dies wird auch nur mit großen persönlichen Opfern und Mut gelingen. Das Argument, daß die Konzerne heute solch eine Macht besitzen daß dieser Widerstand nicht möglich wäre kann ich so nicht anerkennen. Die Arbeiter die zur Zeiten der industriellen Revolution Widerstand leisteten, riskierten ebenso ihre Existenz wie es heutzutage die Arbeiter in den entsprechenden Ländern tun würden.

moritz404

#8 — vor 3 Jahren

Wenn der TÜV hierzulande reihenweise Fahrzeugplaketten für Fahrzeuge ausstellen würde, die die Straßenzulassungskriterien nicht erfüllen, wäre er doch auch mitverantwortlich.

Wenn er seine Aufgabe im Ausland nicht korrekt erfüllt und trotzdem Zertifikate

ausstellt, ist er es ebenso. Im besten Fall hat er sich der mindestens grob fahrlässigen Täuschung der Hersteller und Verbraucher schuldig gemacht.

Das hat mit falschen Schuldzuweisungen nichts zu tun und auch nicht mit flascher Kapitalismuskritik.

Ich finde es unerträglich, wie hierzulande an allen Ecken und Enden versucht wird, die eigene Verantwortung wegzuarargumentieren.

Wenn ich jemandem sage: „Steig ruhig in das Auto, die Bremsen sind okay, habe ich gerade geprüft“, und dann kracht er mit Vollgas gegen eine Wand, dann trage ich eine Mitverantwortung.

Und wenn ich gerne Kleidung kaufen möchte, für die kein Kind ausgebeutet wurde oder die Umwelt übermäßig belastet, dann muss ich mich eben auch auf Zertifikate und Siegel verlassen können.

Ob meine Vorredner den TÜV auch für unschuldig halten würden, wenn es nicht um das Leid anderer ginge, sondern direkten Schaden für sie selbst? Was wäre, wenn es nicht um Kleidung ginge, sondern um die Prüfung von Lebensmitteln, die nachher bei ihnen auf den Tellern landen?

Marzipan (<http://community.zeit.de/user/31012>)

#9 — vor 3 Jahren

@ 5.

„Also, liebe Leute, was soll ich machen? Ausbeuterklamotten kaufen oder gar nichts mehr kaufen und noch mehr Elend produzieren?“

Von dem Geld, das Sie für Ihre 20 T-Shirts und Pullover ausgeben, fließt nur ein Bruchteil in die Hände des herstellenden Textilarbeiters. Wenn Ihnen wirklich daran liegt, mit weniger Pullovern auszukommen und den Arbeitern und ihren Landsleuten trotzdem Existenzmöglichkeiten zu eröffnen, dann bestünde durchaus die Möglichkeit, das gesparte Geld (oder einen Teil davon) stattdessen in sinnvolle Projekte in den Herstellerländern fließen zu lassen.

Gleichzeitig würden Sie weniger von den Ressourcen verschwenden, die neben der ausgebeuteten Arbeitskraft für Ihre Klamotten verbraucht werden.

Wolfgang Friesel

#10 — vor 3 Jahren

Wenn ich die Rechtschreibung der einzelnen Kommentatoren ins Verhältnis zu ihren Aussagen setze, komme ich zu dem Schluss, dass wir in Deutschland unbedingt etwas für die Bildung tun müssen.

Wer sich auf den Standpunkt stellt, es sei für die Menschen in den ärmeren Ländern besser, unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu arbeiten als keine Arbeit zu haben, und damit rechtfertigt, von Kindern produzierte Billigprodukte zu kaufen, hat in dieser Hinsicht offensichtliche Defizite.

1 / 2 (http://blog.zeit.de/recht-subversiv/2015/07/09/bloss-eine-beruhigung-fuer-das-gewissen?sort=asc&comments_page=2#comments)